

Liebe Genossinnen und Genossen



Foto: Anja Thölking

wir leben in einer spannenden Zeit. Momentan fasziniert der Blick über den großen Teich besonders und das erste Mal seit Jahren schaut man nicht mit bangem Entsetzen, wie bei einem Verkehrsunfall, bei dem man einfach nicht wegschauen kann. Der plötzliche Rückzug von Präsident Biden mag erzwungen und chaotisch wirken, war

aber tatsächlich ein äußerst geschickter Schachzug. Indem er so lange gewartet hat, bis die Republikaner ihren großen Parteitag beendet hatten, hat er dafür gesorgt, dass deren gesamte Strategie gegen die Wand fährt. Über Monate haben sie alles dafür getan, um „Alter“ als Hauptqualifizierungsmerkmal herauszustellen und ganz plötzlich sieht ihr Kandidat extrem alt aus. Das vermeintliche Attentat auf Trump ist keine Schlagzeile mehr wert. Stattdessen haben die Demokraten jetzt das Momentum der Aufmerksamkeit.

... weiter auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Kreistagsfraktion gestartet	2
Der Kreisvorstand braucht dich!	4
Sitzung der AfA	5
Wir sind auf der Zielgeraden!	6
Arbeitsgemeinschaften der SPD	6
100 Jahre Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold	7
Wehrhafte Demokratie	14
Neues Wahlrecht hält vor BVG	16
Termine, Termine	19
Impressum	20

Und mit Kamala Harris eine Kandidatin, die nicht nur sehr eloquent und sympathisch ist, sondern eine ganz fundierte Ausbildung und Erfahrung für den Job mitbringt.



Spannend wird nun, wen sie als Vize mit ins Rennen nimmt. Mein persönlicher Favorit wäre Pete Buttigieg, aber egal für wen sie sich entscheidet, er (oder sie) wird um Längen besser sein, als Herr Vance, dessen herausstechendste Eigenschaft wohl sein amouröses Verhältnis zu Sofas ist (sic!).

Nun kann man natürlich fragen, warum uns das ganze überhaupt so interessieren sollte. Aber bei aller Liebe zu Europa und der EU muss man doch leider feststellen, dass wir immer noch weit davon entfernt sind, die Lücke, die eine Trump-USA sicherheitspolitisch und im Mächteverhältnis reißen würde, auszufüllen. Die globalen Auswirkungen wären verheerend und würden uns alle betreffen. Außerdem ist jeder Sieg gegen egomane Faschisten ein Sieg für die Demokratie und schwächt auch hierzulande deren Aufstieg. Daher lasst uns alle vorsichtig hoffnungsvoll gen Westen schauen

und darauf bauen, dass die Anklägerin über den Verurteilten, die Vernunft über den Wahn siegen wird.

Mit solidarischen Grüßen

Bül Stunede.

BISSCHEN SPÄTER

Unsere Juli-Ausgabe erscheint mit leichter Verspätung, weil selbst einigermaßen durchdachte Zeitpläne manchmal sehr schnöde und effektiv von gesundheitlichen Einschränkungen jäh abgewürgt werden.



Da nun aber die moderne Medizin kann, was sie kann (Spoiler: viel!), ist man oft auch schneller wieder auf dem Damm, als man so denkt und der Mitgliederbrief kann bequem einfach mit ein paar Tagen Verspätung erscheinen.

Oswald Prucker



Kreistagsfraktion gestartet

von Birte Könnecke

Die erste Kreistagssitzung der neuen Legislaturperiode ist immer etwas besonderes. Es geht um viel Organisatorisches und wenig Inhalt. Aber das gehört halt dazu, wenn sich alle erst mal wieder zusammenfinden müssen.



Zunächst stand die Verabschiedung der ausgeschiedenen Mitglieder auf dem Plan. Dies waren allein in unserer Fraktion 5. Mit Rüdiger Ahlers, Jenny Sühr, Bruno Zimmermann, Helmut Schöpflin und Hans-Dieter Paul verlieren wir viel Wissen und Erfahrung in den verschiedensten Themen und wir werden sie alle sehr vermissen.

Herzlichen Dank für eure großartige Arbeit in den letzten (vielen) Jahren!



Anschließend ging es dann an die Besetzung der Ausschüsse und anderer Gremien. Dies wird in der Regel im Einvernehmen durchgeführt. Es fühlt sich zwar sehr un schön an, dass man damit auch AfDler in die Gremien wählt, aber das Ergebnis wäre bei der sonst stattfindenden Verhältniswahl etliche Stunden später exakt das Gleiche.



Mit fünf „Altmitgliedern“ (wobei unsere Verstärkung der linken Liste Rolf Seifert mitgezählt ist) und 5 Neulingen war es diesmal nicht ganz so einfach, die Ausschussplätze unter uns zu verteilen. Manche mussten auf Liebgewonnenes verzichten und nicht jeder bekam seine Wünsche

erfüllt. Aber insgesamt haben wir es ganz gut hinbekommen, würde ich sagen. Und in dem ein oder anderen Punkt wird es auch noch in den kommenden Jahren Bewegung geben.

Beim abschließenden gemeinsamen Umtrunk war dann ausreichend Gelegenheit, auch mit den anderen Fraktionen ins Gespräch zu kommen, mit alten Bekannten anzustoßen und neue Gesichter einzuordnen. Dieser Teil der Sitzungen ist tatsächlich extrem wichtig und hilfreich. Hoffentlich greift der neue Landrat unseren Vorschlag auf, es wieder nach jeder Kreistagsitzung anzubieten, wie es vor Corona Usus war und dann leider nicht wieder aufgenommen wurde.

Wir als Fraktion freuen uns auf die kommenden 5 Jahre Kreistagsarbeit in dieser jüngeren und weiblicheren Zusammensetzung und sind gerne bereit, eure Anregungen und Ideen aufzunehmen, wie wir das Leben für die Menschen hier bei uns im Landkreis besser gestalten können.

Der Kreisvorstand braucht dich!

von Tanja Kühnel

Im Oktober ist es wieder so weit. Beim kommenden Kreisparteitag wählen unsere Delegierten einen neuen Kreisvorstand. Es werden einige Vorstandsmitglieder ausscheiden, einige stellen sich erneut zur

Wahl und es haben auch schon neue Gesichter ihr Interesse bekundet.

Grundsätzlich dürfen sich alle Parteimitglieder zur Wahl für/in den Kreisvorstand aufstellen lassen.

Es ist wichtig, dass in der Vorstandschaft immer ein wenig Bewegung ist. Es braucht Menschen, die nachrücken - Menschen, die neue Blickwinkel und frische Ideen mitbringen – Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Kompetenzen. All dies (und sicherlich noch mehr) braucht es, um Stillstand zu vermeiden.

Wir als Kreis-SPD wollen uns weiterentwickeln und dafür brauchen wir dich. Wenn du Interesse hast, mitzuwirken, dann melde dich doch einfach mal bei einem oder einer von uns. Du wolltest schon immer Mitgliedsbeauftragte*r sein? Du willst das Thema Umwelt im Kreis vorantreiben? Du liebst es, Protokolle zu schreiben? Du willst einfach mitmachen und weißt nicht, wie? Dann lass uns doch mal drüber reden. Gerne erzählen wir dir, wie in etwa der Kreisvorstand arbeitet, wie oft wir uns treffen, was unsere Aufgaben für den Kreis sind und alles, was du sonst noch so wissen möchtest.

Und natürlich kannst du auch einfach mal unverbindlich an einer Sitzung oder Klausur teilnehmen. Setze dich einfach mit uns in Verbindung und wir sehen dann, wie wir zusammenkommen können.

Sitzung der AfA

*von Hartmut Hitschler, Vorsitzender der AfA
Breisgau-Hochschwarzwald*

Zum Anfang haben wir einen Rückblick auf die Wahlen am 9.6. gemacht. Offensichtlich hat man die Sorgen der Bürger nicht ernst genommen und die AfD bedient diese besonders. Das Thema Migration war weitaus wichtiger, als das Thema Klimawandel. Die Errungenschaften der SPD in der Koalition werden nicht wahrgenommen, weil auch das Negative von den Medien mehr herausgestellt wird. Unser Kanzler wird auch nicht als durchsetzungsstark anerkannt. Allgemein ist die Kommunikation ein Schwachpunkt und die sozialen Medien müssen unbedingt viel mehr bedient werden. Die AfD hat es vorgemacht und ist damit besonders bei der Jugend erfolgreich.



Was können wir als AfA nach den Ergebnissen, Erkenntnissen tun? Wir müssen schauen, wie wir gerade die abhängig Beschäftigten erreichen, denn sie sind die An-

sprechpartner der AfA. Wir müssen versuchen, uns in diesem Bereich wieder sichtbarer zu machen. Die SPD und die AfA haben für diese schon immer viel geleistet und erreicht, es wird aber nicht mehr gesehen. Die AfD stellt sich als diejenige da, die die Interessen der „kleinen Leute“ wahrnimmt, was aber nicht stimmt. Das müssen wir ändern und sie enttarnen. Daher wollen wir Kontaktaufbau zu Firmen/Unternehmen in der Region. Primär soll das über Kontakt zu dem Betriebsrat erfolgen, wobei die Unternehmensführung mit einbezogen werden soll. Wenn möglich, wollen wir auch mittelständische Betriebe mit einschließen. Hartmut wird schauen, über seine Kontakte zum DGB und seinem Genossen aus dem OV von der IG Metall Kontaktadressen zu bekommen. Unabhängig davon kann jeder aus unserer Partei im Kreis Breisgau-Hochschwarzwald, der über Kontakte verfügt, uns diese zukommen lassen, oder noch besser, bei uns mitmachen.

Wir wünschen uns, nach dem wir uns zum Jahresanfang neu aufgestellt haben, dass noch mehr Genossinnen und Genossen bei uns mitmachen. Denn gerade die SPD und hier besonders die AfA, die Arbeitsgemeinschaft für Arbeit, sollten der erste Ansprechpartner für die Sorgen und Anliegen der abhängig Beschäftigten sein. Denn das sind wir nun schon über 150 Jahren.



Wir sind auf der Zielgeraden!

Von Tanja Kühnel

Viel Engagement, Mühe, Beharrlichkeit und Geduld zahlen sich aus. Ich freue mich sehr, dass mit der kommenden „neuen“ AG60+ Breisgau-Hochschwarzwald nun die nächste AG aus ihrem Dornröschenschlaf geweckt werden konnte und wieder auf den Weg zu einer aktiven Arbeitsgemeinschaft ist.

Es konnten motivierte Mitstreiter und Mitstreiterinnen gefunden werden, die sich einbringen möchten und auch bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.



Jetzt seid ihr gefragt: Ihr möchtet mitmachen? Ihr möchtet informiert werden?

Ihr habt Anliegen, Themen oder Ideen, die unbedingt Gehör finden sollten?

Dann meldet euch bitte bei mir, damit wir euch zum Beispiel per Mail einbinden oder informieren können ... unter

tanja.kuehnel@spd-hochschwarzwald.de

Und natürlich würden wir uns freuen, wenn bei der in Bälde konstituierenden Sitzung möglichst viele mit dabei sein werden und dem neuen Team einen guten Start bescheren möchten. Bitte behaltet hierfür unsere SPD-Kanäle im Auge.

Wir freuen uns auf euch.

Arbeitsgemeinschaften in der SPD

Von Tanja Kühnel

Viele wichtige politische Belange werden von Arbeitsgemeinschaften in der SPD vertreten. Sie vermitteln die Interessen bzw. Sachgebiete der jeweiligen Zielgruppe in der Partei und in der Öffentlichkeit.



Es gibt viele Parteimitglieder, die mit Vorstandsarbeit oder Kommunalpolitik nicht

so viel am Hut haben, aber für ihr ganz eigenes Thema Feuer und Flamme sind. Ob nun für Frauenrechte, für Umwelt, für Leben im Alter, für Arbeitsrechte, Jusos oder oder oder ... so vielfältig die Themen sind, so vielfältig gibt es Arbeitsgemeinschaften, in denen man sich für sein Herzthema engagieren kann.

Dies geschieht auf Bundes-, Landes- und auch auf Kreisebene.

Und was unseren Kreis betrifft, so bemühe ich mich seit nunmehr 2 Jahren, unsere AG-en, die fast allesamt eingeschlafen sind, wieder zum Leben zu erwecken.

Ich sehe Arbeitsgemeinschaften als eines der wichtigsten Bindeglieder zwischen Partei und Basis. Hier kann sich jeder und jede ganz nach eigenen Interessen einbringen. Man muss nicht das ganze Paket „Parteiarbeit“ tragen. Und was ebenso großartig ist – wir können auch Nicht-Mitglieder themenbezogen näher an die SPD heranziehen, denn auch sie dürfen sich in Arbeitsgemeinschaften beteiligen. Und sollte am Ende sogar ein neues Mitglied bei uns hängenbleiben ... umso besser!

Unsere Jusos Breisgau-Hochschwarzwald sind inzwischen wieder „laut“, unsere AfA nimmt gerade wieder den „Arbeitskampf“ auf und die AG60+ steht auch schon in den Startlöchern. Das ist großartig und wird unserem Kreis wieder Basis-Aktivität und Sichtbarkeit geben. Gerne lade ich euch alle dazu ein, mal bei der einen oder anderen

AG vorbeizuschauen und euch einfach mal „den Laden“ anzuschauen ☺

Ich bin bereits auch schon wieder an der nächsten AG dran – die SPD-Frauen (früher AsF). Gerne dürft ihr euch bei mir melden, wenn ihr Lust habt, hier etwas mit mir zusammen auf die Beine zu stellen ... tanja.kuehnel@spd-hochschwarzwald.de Aber ihr könnt auch gerne auf mich zukommen, wenn euch ein ganz anderes Thema interessiert. Schauen wir mal, wo wir zusammenkommen. Ich freue mich auf eure Nachrichten.

100 Jahre Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Von Birte Könnecke

Rede zur Eröffnung der Ausstellung 100 Jahre Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

„Lieber Holger, sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin heute durchs schöne Walldorf gefahren und denke mal, auch hier beherrschten vor kurzem noch voll tapezierte Laternepfähle das Stadtbild. Der Wahlkampf ist gerade mal ein paar Wochen her. Viele Parteien und Gruppierungen warben um Stimmen, für das Europaparlament, für die Gemeinde-, Städte- und Kreistage. Hierbei sollte es eigentlich um Inhalte gehen, um Wahlprogramme, darum, wer meine Interessen am besten vertritt. Doch das ist leider immer weniger der Fall. Stattdessen wurde

mit Sachbeschädigung gearbeitet, indem Plakate zerstört, verunziert und abgerissen wurden und immer häufiger auch mit Einschüchterung, verbalen Entgleisungen bis hin zu körperlicher Gewalt.

Unter anderem wurde in Dresden jemand, den ich persönlich kenne und sehr schätze, von 4 jungen Männern brutal angegriffen und zusammengeschlagen. Matthias Ecke, der als sächsischer Spitzenkandidat der SPD wieder in das EU-Parlament eingezogen ist, lag mit schweren Verletzungen im Krankenhaus. Um jemandem die Orbita zu brechen, braucht es schon ein gewolltes Ausmaß an Gewalt. Noch sind dies Einzelfälle, aber sie verbreiten eine Atmosphäre der Bedrohung und Angst, mit der sich auch Kommunalpolitiker konfrontiert sehen und die unsere Demokratie konkret und massiv gefährden. Und wer glaubt, dass dies ein Weit-Weg-Problem ist, kann gerne mal versuchen, abends alleine in Vogtsburg im Kaiserstuhl SPD-Plakate aufzuhängen.

Es drängen sich zunehmend Vergleiche mit der Weimarer Zeit auf.

Wir wollen heute hier die Ausstellung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold eröffnen und viele haben sich vermutlich beim ersten Hören gefragt, ob die Schule jetzt in die völlig falsche Richtung abdriftet. Da es heute leider nahezu in Vergessenheit geraten ist und der Name einige Fragezeichen aufwirft, braucht es immer ein paar Erläuterungen.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer e.V., war während der Weimarer Republik ein politischer Wehrverband zum Schutz der demokratischen Republik und wurde am 22. Februar 1924 nach den schweren politischen Unruhen des Jahres 1923 gegründet, und feierte somit gerade seinen 100. Geburtstag. Es bestand vor allem aus Sozialdemokraten, Mitgliedern der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) (Vorläufer der heutigen FDP) und des Zentrums (Vorläufer der CDU).



Dem ursprünglichen Reichsbanner gehörten vor allem ehemalige Soldaten des 1. Weltkrieges an. In dieser Zeit machten bereits der rechtsextreme Wehrverband Stahlhelm und der Rote Frontkämpferbund der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) die Straßen unsicher in ihrem Kampf gegen die Demokratie. Um hier dagegen zu halten, engagierten sich die Mitglieder des Reichsbanners, das sehr bald um die drei Millionen Mitglieder hatte und damit die

größte Massenorganisation zum Schutz der Republik war.



Man muss sich die damalige Zeit vor Augen führen, um das zu verstehen. Die Deutschen hatten gerade den 1. Weltkrieg verloren, fühlten sich durch den Versailler Vertrag unfair und über die Maßen gegängelt und benachteiligt. Die Bevölkerung litt unter den Kriegsfolgen und gab der demokratischen Regierung die Schuld an der Niederlage, da das Friedensabkommen im Grunde ihr erstes Handeln nach der Revolution und Machtübernahme am 9. November 1918 war.

1923 kamen mit der Hyperinflation wirtschaftliche Probleme hinzu. So kostete zum Beispiel im Oktober 1923 ein Kilo Brot 14 Millionen Mark, im November waren es dann schon über 230 Milliarden. Dies wurde 1924 mit der Währungsreform und der Einführung der Reichsmark beendet. Allerdings verloren Millionen Deutsche dadurch ihre Ersparnisse und das Vertrauen in die Republik und die Demokratie.

Diejenigen, die von Anfang an gegen die Demokratie waren, wie KPD, NSDAP und

die Monarchisten, machten sich dies zu Nutze. Schon damals wurde mit Verschwörungstheorien gearbeitet, z.B. der Dolchstoßlegende, die verbreitete, dass man den 1. Weltkrieg nur verloren habe, weil die Demokraten das „unbesiegbare“ deutsche Militär verraten hätten.

In dieser Zeit rief Adolf Hitler seine Anhänger zum Putsch auf, was zu seiner Verhaftung und erstmals dem Verbot der NSDAP führte.

Es folgten dann einige Jahre der Ruhe, die wir heute als goldene Zwanziger kennen, doch dann stürzte die Weltwirtschaftskrise 1929 die Menschen wieder in Massenarbeitslosigkeit und Armut.

Ein weiteres Problem war, dass die Parteienlandschaft zu instabilen Regierungen führte, die häufig wechselten. Frust und Unzufriedenheit führte zu einem starken Anwachsen radikaler Parteien.

Die Jahre 1930 bis 1933 sind mit dem Kampf gegen die nationalsozialistische Gewalt die politisch wichtigste Phase in der Geschichte des Reichsbanners. Die „Sturmabteilungen“ (SA) der NSDAP überfallen vielfach politische Versammlungen und wollen die republiktreuen Kräfte einschüchtern und demoralisieren. Das Reichsbanner widersetzt sich der Straßengewalt und dem Terror gegen Demokraten. Ein Gewaltmonopol des Staates, wie wir es heute kennen, gab es damals de facto noch nicht. Saalschutz und der Schutz von politischen Veranstaltungen wurde in Eigenregie durchge-

führt. Auch jüdische Einrichtungen wurden zunehmend von den Reichsbannermännern geschützt.

Das Klima der politischen Auseinandersetzung wird zu der Zeit immer gewalttätiger. Sowohl Nationalsozialisten als auch Kommunisten demonstrieren gegen die Republik. Dabei kommt es vielfach zu brutalen Übergriffen. Allein in Preußen gibt es zwischen Januar und Oktober 1931 mindestens 45 politische Morde.

Zahlreiche Angehörige des Reichsbanners werden bei Saal- und Straßenschlachten, aber auch bei Überfällen auf Einzelne und Gruppen schwer verletzt oder getötet. Insgesamt fallen der politischen Gewalt schon vor der Machtübernahme Hitlers mehr als sechzig Reichsbanner-Männer zum Opfer. (Frauen durften damals nicht Mitglied werden, das ist heute zum Glück anders)

Um sich besser schützen zu können, schließen sich Ende 1931 Gewerkschaften, SPD, Reichsbanner und Arbeitersportorganisationen zur Eisernen Front zusammen, deren Emblem, die drei Pfeile, vielleicht dem ein oder anderen heute noch bekannt ist.

Doch mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 ist die Niederlage der Republikaner besiegelt. Am 19. Februar 1933 kommt es ein letztes Mal zu einer großen Freiheitskundgebung des Reichsbanners vor dem Berliner Schloss. Kurz darauf wird das Reichsbanner verboten, seine Aktivisten werden verfolgt, in KZs inhaftiert und ins Exil getrieben.

Einige der bekannteren Mitglieder waren Männer wie Philip Scheidemann, Otto Wels, Julius Leber, Kurt Schumacher, Fritz Bauer und Theodor Heuss.

Am 28. Oktober 1953 wurde der Verband in der Bundesrepublik Deutschland neu gegründet. Heute trägt der Verein den Namen Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. Wir sind nach wie vor ein überparteiliches Bündnis, das sich der politisch-historischen Bildungs- und Erinnerungsarbeit, sowie der demokratischen Traditionspflege widmet, mit dem Ziel, die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zu bewahren und zu stärken.

In der Verfassung der Weimarer Republik sind die neuen Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold verankert, die seit dem Hambacher Fest von 1832 und der Revolution von 1848 als Symbol der deutschen Demokratie und Einheit gelten.

Nazis wie Monarchisten propagierten dagegen weiterhin die kaiserlichen Farben Schwarz-Weiß-Rot. Diese Farbfrage entwickelt sich damals zu einem regelrechten Flaggenkrieg, mit verfassungstreuen Republikanern auf der einen und Gegnern der ersten deutschen Republik auf der anderen Seite.

Wir halten es für wichtig, immer wieder klar zu machen, dass unsere heutigen Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold immer die Farben der Demokratie und Republik waren.

Deshalb haben viele von uns auch heute in ihren Profilbildern in sozialen Netzwerken die Farben schwarz-rot-gold mit dem Spruch „Unsere Farben – unsere Demokratie“. Wir sollten uns unsere Symbole nicht wegnehmen lassen, von denen, die sie nur beschmutzen.

Das Reichsbanner ist heute geprägt von vielen jungen Mitgliedern, die davon überzeugt sind, dass die Demokratie nicht von wenigen, sondern von möglichst allen gelebt und belebt werden muss. Denn Demokratie braucht Demokraten. Daher ist der Verein und seine politische Arbeit bis heute im Sinne seiner Vereinstradition überparteilich.

Mit Wehrtruppen auf die Straße zu gehen, hatten wir allerdings nicht wieder vor. Dass sich gerade erst im Kommunalwahlkampf z.B. in Heidelberg wieder Gruppen gebildet haben, die die plakativsten Ehrenamtlichen begleiten und beschützen wollten, finde ich in Anbetracht des gesellschaftlichen Klimas verständlich, das Gefühl, dass dies wieder notwendig ist, aber hochgradig entsetzlich.

Es gibt also durchaus einige Parallelen von damals zu heute.

Schon damals haben es die Demokratiefeinde mit purem Populismus geschafft, die niedersten Instinkte der Massen zu wecken.

Hier möchte ich den Reichsbanner-Kameraden Kurt Schumacher zitieren, der einer Gruppe junger SPD-Reichstagsabgeordne-

ter angehörte, die von Anfang an eine harte Linie gegen die Nazis vertraten. Für seine deutliche antifaschistische Haltung wurde er 10 Jahre in den Konzentrationslagern der Nazis eingesperrt. Am 23. Februar 1932 hielt er im Reichstag eine mutige Rede:

"Die ganze nationalsozialistische Agitation ist ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen. [...] Wenn wir irgendetwas beim Nationalsozialismus anerkennen, dann ist es die Tatsache, dass ihm zum ersten Mal in der deutschen Politik die restlose Mobilisierung der menschlichen Dummheit gelungen ist."



Genau diese Mobilisierung macht einem auch heute Angst.

Dieses Jahr gibt es noch ein weiteres Jubiläum. Vor genau 175 Jahren haben die badi-schen Revolutionäre für die erste Demokratie auf deutschem Boden gekämpft und viele von ihnen sind für diese Idee eines Lebens in Freiheit und Gerechtigkeit gestorben.

Heute erscheint uns das alles selbstverständlich. Wir kennen es nicht mehr anders, selbst viele von denen, die das Unrechtsregime im Osten noch erlebt haben, verklären es mittlerweile. Aber insbesondere unter den jungen Menschen gewinnt die AfD zunehmend an Zustimmung. Durch ein Dauerrieseln auf Tiktok und in anderen sozialen Medien werden Hirnwäschen betrieben, die dazu bestimmt sind, die Geschichte umzuschreiben und sich selbst als Opfer darzustellen.

Sprüche wie: „Sophie Scholl würde AfD wählen“ oder „Nazis waren Linksextreme“ lassen einen erschauern. Nur wenn ich den Menschen immer und immer wieder einrede, dass alle Fakten von irgendwelchen ominösen Eliten erfunden sind, um sie zu manipulieren, werden es auch immer welche glauben. Die Gruppe „Flacherde und Chemtrails sind real“ hat auf Telegram über 10.000 Mitglieder. Und wie diese Menschen jemals wieder mit Sachargumenten erreicht werden sollen, ist mir ein Rätsel.

Solide Politik ist ein ernstes und kompliziertes Geschäft, in dem es so viele Stellschrauben und Wirkungen zu bedenken gibt, dass es selten einfache Antworten gibt. Daher sind Populisten mit ihren vermeintlich einfachen Lösungen für viele attraktiv. Dass diese Lösungen allesamt falsch sind und kein einziges Problem lösen würden, sondern im Gegenteil zu einer massiven Verschlechterung der Lebensumstände von ca. 99% der Menschen führen würden, merkt

man dann halt leider erst, wenn es zu spät ist.

Die Remigrationspläne der AfD würden nicht nur den Wirtschaftsstandort Deutschland massiv gefährden. Sie würden auch unmittelbar dazu führen, dass viele Dienstleistungen nicht mehr angeboten werden könnten. So irrelevante Dinge wie Pflege, Müllabfuhr, Paketdienste, aber auch die Ernte unserer Lebensmittel oder die ärztliche Versorgung in Krankenhäusern. Und dies sind nur einige wenige Beispiele.

Weitere Pläne, wie ein Austritt aus der EU oder der NATO würden Deutschland in eine fatale Isolation führen. Der einzige Nutznießer daran wäre wohl Russland, denn ein entzweites Europa wäre das Beste, was Putin passieren könnte. Man muss sich immer wieder klarmachen, dass nur 6 Jahre, also kaum ein Wimpernschlag, nach dem verheerenden Krieg mit Millionen von Opfern, den Deutschland seinen europäischen Nachbarn angetan hat, genau diese Nachbarn bereit waren, uns die Hand auszustrecken und uns in der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, dem Vorgänger der EU, willkommen heißen haben und friedlich und freundschaftlich mit uns zusammenarbeiten wollten.

Ich kann mir gar nicht ausmalen, wie viel Überwindung das gekostet haben muss. Kaum eine Familie, die nicht den Tod eines Angehörigen betrauert hat und dennoch war man dazu bereit. Und dieser Schritt war es, der unseren Platz im Herzen eines

Europas gesichert hat, dass seit fast 80 Jahren in Frieden und Freiheit miteinander lebt. Und auch unser Wohlstand ist zu einem sehr großen Teil diesem Umstand zu verdanken. Jede Abkehr von Europa wäre für eine Exportnation wie Deutschland fatal.

Aber eine wirkliche Auseinandersetzung mit den Programmen findet heute gar nicht mehr statt. Es geht nur noch darum, Empörung zu generieren und in Angst, Hass und Hetze umzumünzen. Tatsachen bedeuten da nichts mehr. So wird bei vielen Themen auch heute das Gegenteil von dem postuliert, was noch gestern gefordert wurde. Sei es beim Impfen oder dem Ausstieg aus der Kernkraft, völlig egal, Hauptsache dagegen, von erfundenen Dingen wie einem Bevölkerungsaustausch, Millionen Impftoten oder Blackouts fabulieren und die Menschen aufhetzen.

Mein Sohn meinte neulich, ist doch egal, wer gewählt wird, für uns ändert sich ja eh nichts. Ein ganz gefährlicher Fehler (zumal seine Frau Türkin ist). Die Rechtspopulisten in anderen Länder zeigen uns deutlich, wie vulnerabel eine Demokratie doch ist. Wer hätte sich vorstellen können, dass ein Präsident in den USA den Kongress erstürmen lässt und nicht nur straffrei bleibt, sondern wieder kandidiert.

Und dass sich die Rechtsprechung durch von ihm eingesetzte Bundesrichter in kurzer Zeit zurückentwickelt zu finsternen Zeiten, in denen das Leben einer Frau weniger

wert ist, als ein Zellklumpen oder ein abgestorbener Fötus.

In Ungarn ist die Pressefreiheit massiv eingeschränkt, in Polen war die Dreiteilung der Gewalten akut gefährdet und konnte zum Glück durch den knappen Wahlsieg demokratischer Kräfte abgewandt werden.

Demokratisch gewählte Antidemokraten können die Systeme nachhaltig zum Schlechten verändern und wenn man sie lässt, abschaffen. Das Toleranz-Paradoxon ist uns allen hinlänglich bekannt.

Demokratie ist eine Pflanze, die Pflege braucht. Und Menschen, die sich aktiv für sie einsetzen. Und es ist viel leichter, sich für sie einzusetzen und sie zu verteidigen, solange es sie noch gibt.

Ich danke der Theodor-Heuss-Realschule für die Möglichkeit, die Ausstellung über den mutigen Kampf des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold für die erste Demokratie auf deutschem Boden in ihren Räumen zu zeigen und wünsche allen Besucherinnen und Besuchern einen interessanten und lohnenswerten Durchgang durch die Ausstellung. Denn wie ein spanischer Philosoph so schön sagte: Wer die Vergangenheit vergisst, ist verdammt, sie zu wiederholen.

Vielen Dank“



Wehrhafte Demokratie

von Oswald Prucker

In Polen und Ungarn haben wir gesehen, wie schnell rechtsextreme Regierungen Freiheitsrechte aushebeln können. Ein erster Schritt ist dabei immer der Angriff auf die obersten Gerichte. Da werden Richter zum Beispiel einfach frühpensioniert und durch willfährige Nachfolger ersetzt. Oder den Gerichten wird vorgeschrieben, dass Verfahren chronologisch abuarbeiten sind, womit man Gerichte beliebig blockieren kann.

Es war in beiden Ländern durchaus überraschend, wie schnell das jeweils funktioniert hat. Deshalb ist es sehr wichtig und richtig, dass wir hier bei uns handeln, bevor es zu spät ist und unser Verfassungsgericht so gut schützen, wie es eben geht.

Das ist jetzt gelungen und die Lösung kann sich sehen lassen. Sie ist auch ein Beispiel dafür, was erreicht werden kann, wenn alle demokratischen Kräfte zusammenarbeiten, denn auch die CDU/CSU war an Bord.

Für uns hat unser Emmendinger MdB Johannes Fechner verhandelt und ich hatte die Gelegenheit, diese durchaus komplexe Materie in Teilen schon bei einer Veranstaltung vor einiger Zeit in March zu diskutieren. Damals waren die Eckpunkte noch nicht so ganz klar und Johannes hat die Vor- und Nachteile dieser oder jener Maßnahme sehr verständlich vorgestellt.



Bild: Verbraucherzentrale Bundesverband, CC BY 2.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=113035725>

Jetzt steht die Lösung und sie steht auf breiten Beinen. Kern der Einigung ist es, „grundlegende Strukturen des Bundesverfassungsgerichtes, die bislang einfach gesetzlich geregelt sind, in das Grundgesetz aufzunehmen“ so Johannes in seiner Pressemitteilung.

Der [Spiegel listet die betreffenden Punkte wie folgt auf:](#)

- „der Status des Gerichts als Verfassungsorgan,
- die Begrenzung der Amtszeit der Richter auf 12 Jahre,
- die Altersgrenze der Richter von 68 Jahren,

- die Zahl von zwei Senaten à 8 Richterinnen und Richter,
- die Fortführung der Amtsgeschäfte eines Richters bis zur Wahl des Nachfolgers,
- die Bindungswirkung der Entscheidungen des Gerichts,
- die Geschäftsordnungsautonomie des Gerichts.“

Letzteres stellt zum Beispiel sicher, dass das Gericht nicht durch unzählige sinnlose Anrufungen geschäftsunfähig wird.

Was nicht ins Grundgesetz kommt, ist die Wahl der Richter:innen mit Zweidrittel-Mehrheit. Das ist zunächst überraschend. Problem wäre aber: Die Wahl einer Richterin oder eines Richters kann dann nämlich mit einem Drittel der Stimmen blockiert werden. Diese Gefahr ist aktuell deutlich größer. Genau dafür wurde eine sehr pragmatische Lösung gefunden: Wenn ein Gremium (Bundesrat oder Bundestag) es nicht hinbekommt, dann springt das andere ein. Nicht schlecht.

Zu diesen Lösungen schreibt Johannes: „Durch klare Regelungen des Wahlverfahrens vermeiden wir Hängepartien und sichern die Arbeitsfähigkeit des Verfassungsgerichtes.“

Weiter heißt es: „Wir verhindern, dass, wie in Osteuropa geschehen, durch Schaffung neuer Senate oder die Herabsetzung der Altersgrenze neue Verfassungsrichterstellen geschaffen werden, die mit Günstlingen besetzt werden können. Auch wird das Verfas-

sungsgericht sich eine Geschäftsordnung geben können, die seine Arbeitsfähigkeit sichert.“



Bild: Rainer Lück 1RL.de - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0 de, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=51816206>

Auf tagesschau.de wird die Einigung kritisiert. Überschrift: „[Minimal besser geschützt](#)“. Die übliche billige Kompromiss-Schelte. Man kann es auch so formulieren, wie es Jörg Müller, der Präsident des Oberlandesgerichtes Karlsruhe tut. [Er schreibt auf Mastodon](#):

„Zwei Aspekte scheinen mir bei dem Projekt zur Absicherung der #Unabhängigkeit des BVerfG besonders bemerkenswert:

- die demokratischen Kräfte haben sich in einer sehr komplexen Problematik

- auf sachliche Kompromisse geeinigt + treten gemeinsam dafür ein
- alle haben darauf verzichtet, "Pakete" mit Themen zu schnüren, die nix damit zu tun haben.

So geht Demokratie.“

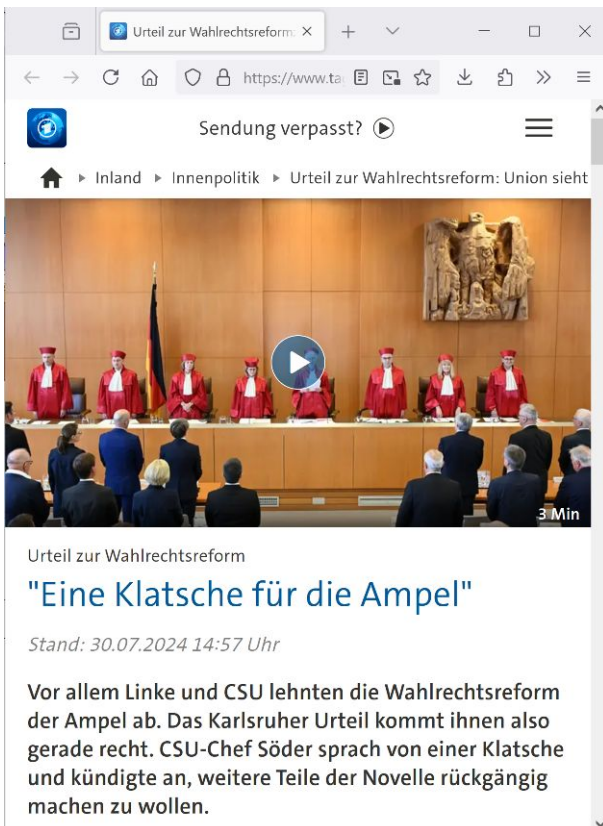
Man könnte auch erweitern: So geht wehrhafte Demokratie.



Neues Wahlrecht hält vor BVG

von Oswald Prucker

Ich starte mal mit einem Screenshot von tagesschau.de:



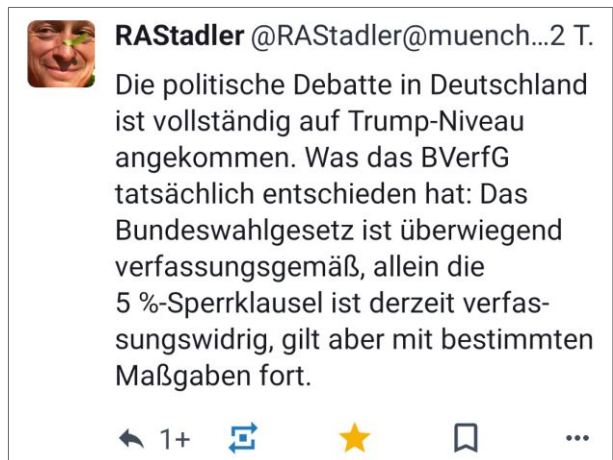
Da steht:

Urteil zur Wahlrechtsreform
„Eine Klatsche für die Ampel“

Genau bis dahin wird das gelesen und dann ist die Meinung klar: Die Ampel hat es mal wieder phänomenal vergeigt. Kennt man ja von ihr und war auch nicht anders zu erwarten.

Mal ehrlich: Hast du die Anführungszeichen in der großen Überschrift wahrgenommen? Ich gestehe, ich erst Mal nicht. Aber genau die machen den Unterschied und wenn man dann noch ein bisschen weiter liest (wer tut das denn???), so stellt man schnell fest, dass das ein Zitat von Söder ist. An der Stelle bin ich dann beruhigt. Was mein Lieblingsfrange (kein Tippfehler) in Grund und Boden södert, muss gut sein.

Die Aufmachung der Tagesschau darf und muss man dennoch kritisieren. Der Spiegel titelt noch schlimmer: „Die Ampel beschädigt mutwillig die politische Kultur“ ist die Überschrift zu einem Kommentar zum Urteil.



Solche Überschriften meint der Internetanwalt Thomas Stadler mit seinem leicht genervt anmutenden Kommentar im Sozialen Netzwerk Mastodon (siehe oben).

Diese Einschätzung bestätigt das renommierte Verfassungsblog in einer ersten Stellungnahme: „Mit seinem Urteil zur Wahlrechtsreform der Ampelkoalition vom 30. Juli 2024 hat das Bundesverfassungsgericht den Kern der Reform – die Zweitstimmendeckung – bestätigt, aber die Sperrklausel partiell beanstandet.“

Ich gehe mal davon aus, dass Rechtsanwälte und Rechtswissenschaftler das besser einschätzen können, als Söder ... oh, verdammt! Der ist ja auch Jurist. Na ja. Jeder erwischt mal einen schlechten Tag.

Damit stimmt also alles, was aus der SPD-Fraktion als Stellungnahme kommt. Ich zitiere mal einige davon.

Dirk Wiese: "Ich freue mich sehr, dass das Bundesverfassungsgericht entgegen aller zuvor erhobenen verleumderischen Vorwürfe des Wahlbetrugs das System der Zweitstimmendeckung für verfassungsgemäß erklärt hat. Damit haben wir als Regierungskoalition etwas geschafft, an dem eine 16 Jahre unionsgeführte Regierung insbesondere aufgrund der Weigerung der CSU gescheitert ist."

Johannes Fechner: „Der Bundestag kann wie von uns beschlossen deutlich verkleinert werden von heute 736 auf zukünftig 630 Sitze. Dafür habe ich mich schon als

Vorsitzender der Wahlrechtskommission eingesetzt. Darum freue ich mich jetzt sehr, dass die überfällige Verkleinerung des Bundestags jetzt vom Bundesverfassungsgericht für verfassungsgemäß erklärt wurde.“

Danke, Johannes für deine Arbeit!

Das eingangs erwähnte Gesödere schließlich kommentiert Katja Mast: „Meinungsfreiheit, ja. Kritik, ja. Aber was die Union in Sachen Bundesverfassungsgericht und Wahlrechtsreform vom Stapel lässt, sprengt jede sachliche Diskussion.“ und „Wir haben unser Ziel, den Bundestag dauerhaft verbindlich zu verkleinern, erreicht. Etwas - und das kann man ganz sachlich erwähnen -, wozu CDU und CSU nie bereit waren.“



Lasst uns das Ganze aber mal in Ruhe im Detail betrachten, denn so wirklich anschaulich ist die Thematik nicht. Ich erinne-

re mich da nach dem Beschluss des Gesetzes auch an sehr kritische Kommentare selbst aus unseren Reihen, bei denen meist sehr gefühlsmäßig argumentiert wurde.

Unser Wahlrecht ist eine Mischung aus Persönlichkeits- und Verhältniswahlrecht und deshalb gibt es eine Erst- und eine Zweitstimme.

Mit der Erststimme wählt man eine Persönlichkeit, mit der Zweitstimme eine Partei. Idealerweise würden exakt gleich viele Abgeordnete auf die eine oder andere Weise gewählt. Bei 299 Wahlkreisen hätten wir dann 598 Abgeordnete und niemand würde sich für das Wahlrecht interessieren.

Beginnen wir mit der Erststimme. Bislang gilt: Wer den Wahlkreis gewinnt, ist drin. Alle anderen halt nicht. Dieses reine Mehrheitswahlrecht gilt in Großbritannien. Lasst uns da mal schauen. War das nicht gerade ein fantastischer, triumphaler Sieg unserer Freunde von Labour? Sie haben jetzt doppelt (!) so viele Abgeordnete im Unterhaus als zuvor. Ein Erdbeben!

Nein. Nichts dergleichen. An Stimmen haben sie kaum zwei Prozent hinzugewonnen. Die Tories haben halt so dramatisch verloren und die Stimmen gingen an andere rechte Parteien. Damit hat Labor einfach in vielen Wahlkreisen mit quasi unveränderter Prozentzahl einfach die meisten Stimmen gehabt und den Wahlkreis gewonnen. Alle anderen Stimmen gingen verloren. Auch bei uns haben die meisten Erst-

stimmensieger oft nicht mehr als 30% der Stimmen. Das ist undemokratisch.

Deshalb gibt es die Zweitstimme, mit der man eine Partei wählt und je mehr eine Partei auf sich vereinigt, desto mehr Sitze gibt es im Parlament. Die werden dann nach einer Liste besetzt und wenn eine Partei 150 Sitze gewonnen hat, dann sind das eben die ersten 150 auf dieser Liste. Das ist einerseits urdemokratisch, weil jede Stimme zählt, andererseits hängt es stark davon ab, wie die Partei die Listen zusammenstellt.

Klingt alles prima, solange sich die Ergebnisse aus Erst- und Zweitstimme die Waage halten. Das tun sie aber nicht mehr und da beginnt das Dilemma. Bislang gab man allen Stimmkreissieger:innen einen Sitz und wenn das zu viele waren, als es nach dem Anteil der Zweitstimme richtig wäre, haben die anderen Parteien Ausgleichs- und Überhangmandate erhalten. Auch kein großes Ding, solange nur drei oder vier Parteien im Parlament sitzen. Das ist nicht mehr so und deshalb gehen die Zahlen der Abgeordneten scharf nach oben.

Genau das kappt der Ampelvorschlag. Ab jetzt zählt rein die Zweitstimme für das Gesamtergebnis. Wenn eine Partei 25% der Stimmen erreicht hat, dann gibt es 25% der Sitze und fertig. Die Zahl der Sitze wurde auf 630 erweitert und das ist durchaus ein Zugeständnis an die Opposition.

Dieser Teil ist der wichtige Teil des Gesetzes und der wurde vom Bundesverfassungsge-

richt grandios bestätigt. Dem nächsten Bundestag werden also gut hundert Abgeordnete weniger angehören. Viele aktuelle Abgeordnete haben sich damit selbst aus dem Parlament gekegelt, was man ja auch mal wertschätzen kann.

Wie wenig dieser Teil der Wahlrechtsreform umstritten war, erfährt man im Verfassungsblog und da will ich mal ein längeres Zitat entnehmen:

„Was wurde der Wahlrechtsreform der Ampelkoalition nicht alles vorgeworfen? Schon als der Gesetzentwurf im Januar 2023 bekannt wurde, war in der politischen Arena von „organisierter Wahlfälschung“ die Rede, die man sonst nur aus „Schurkenstaaten“ kennt. Wahlkreissiegern würde der Einzug in den Bundestag „verwehrt“, Wahlkreisabgeordneten ihre Mandate „aberkannt“ (...). Namhafte Staatsrechtslehrer:innen schlossen sich dieser Einschätzung an, wenn auch nicht im Ton, so doch in der Sache. Das Kernelement der Reform – die Zweitstimmendeckung –, wurde als „Kapungmodell“ geframed, das mit Demokratie- und Bundesstaatsprinzip ebenso wenig vereinbar sei wie mit Gleichheit und Unmittelbarkeit der Wahl und der Chancengleichheit der Parteien.“

... und ein paar Zeilen weiter eher lapidar:

„Kein einziger Kritikpunkt hatte in Karlsruhe Bestand.“

Was vom Gericht bemängelt wurde: Der Wegfall der Grundmandatsklausel, die ga-

rantiert, dass man mit drei Direktmandaten auch dann gemäß des Zweitstimmenanteils reinkommt, auch wenn man an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert ist. Die Grundmandatsklausel wird jetzt erst Mal so bleiben und das hat zwei sehr lustige Konsequenzen und zwar für die CSU. Erstens, sie ist gerettet. Kann unter die 5% fallen und bleibt trotzdem drin. Zweitens, sie ist geschwächt. Das Verfassungsblog erklärt das so: „Andererseits zwingt es sie auf ewig in die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU. Denn nur dem Faktum, dass die beiden Parteien eine Fraktion bilden, hat es die CSU zu verdanken, dass die Sperrklausel zu ihren Gunsten beanstandet wurde.“ Wenn das mal nicht der CDU gefallen könnte.

Termine, Termine


Alle aktuellen Termine findest du auch auf unserer Webseite – naja, meistens zumindest :-)





[Termine im Landkreis](#)

Stammtische

Digitaler Kreisstammtisch

 5. August und 3. September


 19:00 Uhr


 Noch auf Zoom: (Meeting-ID: 883 6204 5387)

us02web.zoom.us/j/88362045387

Kaiserstuhl – Tuniberg – March

 6. August und 10. September

 19:00 Uhr

 Wirtshaus Perron, Bahnhofstraße
4, Breisach (am Bhf. Breisach)





KREISSTAMMTISCH
KAISERSTUHL - TUNIBERG - MARCH


6. August und 10. September
ab 19 Uhr
Bahnhofsgaststätte
Perron in Breisach


SPD
BREISGAU
HOCHSCHWARZWALD

WWW.SP-D-BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD.DE

Hochschwarzwald

 28. August und 25. September

 19:00 Uhr

 Hotel Jägerhaus in Titisee-Neustadt



SPD STAMMTISCH
HOCHSCHWARZWALD


28.08.2024
AB 19.00 UHR
HOTEL JÄGERHAUS
AM POSTPLATZ 1-2
79822 TITISEE-NEUSTADT


Stammtisch immer jeden
4. Mittwoch im Monat.





www.spd-hochschwarzwald.de **SPD** Soziale Politik für Dich.

Breisgau

 14. August

 20:00 Uhr

 Gaststätte zum Adler, Dorfstraße 1,
Ehrenkirchen-Offnadingen

Herbstfeste

Nach der Ferienzeit wird es zwei Feste geben. Gerne schon mal die Termine vormerken:

 15. September

Sommerfest Ortsverein Dreisamtal

 28. September

Herbstfest Ortsverein Hochschwarzwald

Details werden rechtzeitig bekannt gegeben.

Kreisparteitag im Herbst

Unser nächster Kreisparteitag wird am 26. Oktober stattfindenden. Bitte schon mal vormerken. Details folgen.

IMPRESSUM

Herausgeber & V.i.S.d.P. sind die Kreisvorsitzenden der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Birte Könnecke, Oswald Prucker, SPD Regionalzentrum, Merzhauser Str. 4,
79100 Freiburg.

Redaktion:

O. Prucker, T. Kühnel und B. Könnecke.